

## Plenarprotokoll der 106. Sitzung des nordrhein-westfälischen Landtags am 13.11.2008

### Tagesordnungspunkt 9

„Stärkungspakt Stadtfinanzen“ für mehr Investitionen und Beschäftigung vor Ort  
Eilantrag der Fraktion der SPD (Drucksache 14/7870)

**Horst Becker** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gerade eine Woche her, dass sich der Kommunalausschuss mit der Frage der besonderen Verschuldung einiger Kommunen in Nordrhein-Westfalen in einem Expertengespräch befasst hat. Wer zugehört hat, der hätte erkennen können, dass bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungen der Expertinnen und Experten und auch bei aller Unterschiedlichkeit der sonstigen Statements eines deutlich geworden ist: Alle haben betont, dass es zunächst einmal vor allem etwas mit der Frage von strukturschwachen Regionen zu tun hat, dass Kommunen strukturschwach bzw. haushaltsschwach sind, und nicht mit dem Umgang mit dem eigenen Haushalt.

Ich habe eben einige Zwischenrufe gehört. Wegen der Kürze der Zeit will ich nur an einiges erinnern.

Erstens. Von dem Leiter der Gemeindeprüfungsanstalt ist darauf hingewiesen worden, dass all diejenigen Kommunen, die nicht zu den Kommunen im Haushaltssicherungskonzept oder zu den Nothaushaltskommunen gehören, Zuwachskommunen sind. Umgekehrt sind all jene Kommunen, die im Haushaltsausgleich bzw. im Nothaushalt sind, Kommunen mit Einwohnerverlusten durch Wanderungsbewegung bzw. durch demografischen Wandel. Das ist zunächst einmal ein interessanter Hinweis, von dem ich glaube, dass wir uns damit in der Zukunft beschäftigen sollten, weil er einen deutlichen Fingerzeig darauf gibt, woher die Probleme kommen.

Zweitens. Es ist darauf hingewiesen worden – dazu habe ich bis jetzt auch nichts Wesentliches gehört –, dass in den Kommunen, denen gesagt wird, dass sie sich z. B. über die Erhebung von Steuern selbst helfen könnten, die Hebesätze bedeutend höher sind als in anderen Kommunen und trotzdem der Pro-Kopf-Durchschnitt an Einnahmen durch Gewerbesteuern nur – ich betone – einen Bruchteil von denjenigen Kommunen beträgt, die keine Probleme haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich mache wegen der Kürze der Zeit nur diese beiden Kernaussagen. Aber diese sind allein ein signifikanter Hinweis darauf, dass die Mär von den Kommunen, die nur mehr sparen müssten, eine Mär ist und offensichtlich auch so lange bleibt, solange wir nicht an die Strukturprobleme herangehen. Auch dazu nur wenige Hinweise wegen der Kürze der Zeit.

Selbstverständlich muss man die Chancen nutzen, wenn sie da sind. Zu den wenigen Chancen, die nicht sehr viel kosten würden – wenn wir uns also noch nicht über Kosten für das Land unterhalten – würde es gehören, dass wir den Weg beschreiten, den andere Bundesländer gehen, nämlich diesen hochverschuldeten Kommunen in der jetzt absehbar wiederkommenden Zeit der sinkenden Zinsen – ich betone, das wird nur eine vorübergehende Situation sein – wenigstens die Möglichkeit zu geben, von den zinssensiblen Kassenkrediten wegzukommen und sie in langfristige, niedrigverzinsten Kredite umzuwandeln. Das ist eine Maßnahme, für die das Land keinen Cent in die Hand nehmen müsste und die bisher aus meiner Sicht aus ideologischen Gründen verweigert wird, weil Sie immer auf diese Kommunen mit der Hand zeigen wollen, anstatt ihnen zu helfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Ich bin selbstverständlich der festen Überzeugung, Herr Kollege, dass Ihr ganzes Getue, den Kommunen ginge es jetzt besser – von wegen! –, jedem, aber auch jedem

Oberbürgermeister oder jeder Oberbürgermeisterin auch Ihrer Partei quer im Halse stecken bleibt, wenn man sich anschaut, wie in den letzten drei Jahren hier mit den öffentlichen Finanzen verfahren worden ist,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und das vor dem Hintergrund, dass Sie mit deutlich höheren Steuereinnahmen rechnen konnten, als es die Rot-Grüne Regierung jemals konnte.

Ich will deutlich einräumen, dass daran auch die damalige Bundesregierung Schuld hatte, indem sie die Kapitalertragsteuer so geändert hat, wie sie geändert wurde. Das ist neben der deutschen Einheit einer der großen negativen Einflussfaktoren. Aber es ist im Bundestag auch Ihre Fraktion gewesen, die das immer gefordert hat. Das will ich deutlich sagen. Wir müssen heute gemeinsam mit dieser Problemlage umgehen.

Umgehen heißt nicht – das will ich an der Stelle ganz klar in Abgrenzung zu Ihnen sagen –, dass man den Kommunen Geld vorenthält, das den Kommunen eigentlich zusteht. Von den hohen Steuereinnahmen haben Sie vieles weggenommen: Krankenhausfinanzierung, Grunderwerbsteuer. Das alles wurde hier hundert Mal genannt. Vielmehr würde es sich gehören, dass Sie den Kommunen geben, was ihnen ist.

Letzte Bemerkung: Die Frage, ob der Weg, den die Kolleginnen und Kollegen in diesem Eilantrag vorgezeichnet haben, der richtige Weg ist oder nicht, würde ich gern in der für Anfang Januar vereinbarten Debatte auch debattieren; denn diese Debatte steht jetzt an, insbesondere nach dem Expertengespräch, das wir im Übrigen zu der Beratung unseres Antrages beantragt haben.

Selbstverständlich ist das dann einer der möglichen Wege. Aber Sie werden nicht umhinkommen – wie es die Gemeindeprüfungsanstalt und die anderen Experten gesagt haben –, den Kommunen zu helfen, die sich alleine nicht mehr helfen können und bei denen die Gemeindeprüfungsanstalt auch sagt: Selbst alle Maßnahmen, die sie ergreifen könnten, reichen nicht aus, um aus der Schuldenspirale herauszukommen.

Allerletzte Bemerkung: Da auch kommunale Schulden immer gesamtstaatliche Schulden sind, sind sie in letzter Konsequenz auch unsere Schulden – spätestens bei einer negativen Eröffnungsbilanz wie in Oberhausen.

Das heißt: Wenn wir nicht anfangen, diese Kassenkredite abzubauen, dann werden wir ein massives Problem haben. Deswegen, glaube ich, kommen Sie auch nicht darum herum, Ihre Position in dieser Frage in Kürze zu ändern. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das komplette Plenarprotokoll finden Sie unter: <http://www.landtag.nrw.de>